

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/245

Bonn, den 23. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
2	Still und unauffällig	80

Zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Ludwig Metzger

AN H A N G

<u>I S R A E L</u>	1969	47
--------------------	------	----

Araber Israels werden weiter als loyal angesehen

Von J. E. Palmon, Israel

<u>F R A N K R E I C H</u>	1969	56
----------------------------	------	----

Bilanz und Perspektiven der französischen Innen- und Außenpolitik

Von Georg Scheuer, Paris

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Richtschnur für die 70er Jahre: Lernen, lernen und nochmals lernen
Vor 25 Prozent aller Studierenden in der Bundesrepublik sind weiblich

Einladungen an Einsame ... sind besser als materielle Geschenke

Baden-württembergische SPD-Frauen fordern:

Sofort Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre - Verbesserung
des Jugendstrafrechts

- * UNSEREN ABONNENTEN, MITARBEITERN UND FREUNDEN *
- * WÜNSCHEN WIR EIN FROHES WEIHNACHTSFEST UND EIN *
- * GUTES NEUES JAHR. *
- * SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST *

Still und unauffällig

Zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Ludwig Metzger

Die Bundesrepublik Deutschland leistet den unterentwickelten Ländern und ihren Menschen auf mannigfache Weise Hilfe, teils bilateral, teils multilateral. In den Entwicklungsfonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zählt sie etwa ein Drittel des Betrags ein, der für die fünfjährige Dauer des 2. Jaounde-Abkommens über die Assoziation der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der afrikanischen Staaten und Madagaskar 918 Millionen Rechnungseinheiten (1 Rechnungseinheit = 1 Dollar) beträgt. Das ist ein markantes Beispiel multilateraler Hilfe.

Die Bundesrepublik Deutschland hilft aber auch noch auf andere Weise. Sie unterstützt Organisationen, die unabhängig und in eigener Initiative höchst wirkungsvoll arbeiten und in der ihnen gemässen Weise helfen. Dazu gehört die Friedrich-Ebert-Stiftung, die an vielen Orten unserer Erde durch vorwiegend junge, tatkräftige und einfallsreiche Menschen beiderlei Geschlechts vertreten ist.

In Madagaskar zum Beispiel hat die Stiftung in der Nähe der Hauptstadt Tananarive einen Schulkomplex erbaut, in dem regelmässig Kurse und Tagungen stattfinden. Als Parallelorganisation wurde die Philibert-Tsirananana-Stiftung (nach dem Staatspräsidenten Tsiranana benannt) gegründet. Die Schule steht unter der Leitung eines Deutschen, der für alle Aktionen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madagaskar verantwortlich ist - und einem Madagassen. In dieser Schule hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung einen internationalen Kongress über staatsbürgerliche Erziehung organisiert, der vom 8. bis 12. Dezember stattfand. Gewerkschafter, Journalisten und Politiker aus Madagaskar, der Elfenbeinküste, Senegal, Togo und der Insel Mauritius (mit zwei Ministern) nahmen an der Tagung teil.

Die Berichte der einzelnen Delegationen ergaben, wie verschieden die Voraussetzungen für eine staatsbürgerliche Erziehung und wie beachtenswert die verschiedenartigen Versuche auf diesem Gebiet in den einzelnen Ländern sind. Aber der Erfahrungsaustausch hat dazu gedient, auch die Gemeinsamkeiten zu erkennen, die für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Entwicklung der Länder Afrikas und Madagaskars so wichtig sind. Die vermittelnde Funktion, die Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung dabei wahrnehmen, kann garnicht überschätzt werden. Bei den Fragen der Assoziation afrikanischer Staaten und Madagaskars an die EWG konnten die Möglichkeiten der Beziehungen vom Kontinent zu Kontinent erörtert werden. Das Interesse an den besonderen Problemen der Bundesrepublik Deutschland und den damit zusammen-

hängenden Weltproblemen war außerordentlich lebhaft. Die Diskussion zeigte, daß die Teilnehmer erstaunlich gut informiert und voller Verständnis für unsere Lage waren. Viele von ihnen waren auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung schon in Deutschland.

In der Schule der Philibert-Tsiranana-Stiftung wohnen z.Zt. auch junge Madagassen, die dort mehrere Monate an einem Kurs zur Ausbildung im Genossenschaftswesen teilnehmen, nachdem sie vorher schon über ein Jahr als Praktikanten in Deutschland ausgebildet worden sind. Als sie hörten, daß ich auf unserer internationalen Konferenz über die politische Situation der Bundesrepublik Deutschland nach den Bundestagswahlen gesprochen habe, baten sie stürmisch darum, daß der Vortrag auch vor ihrem Kreis gehalten werde. Sie haben in Deutschland gut deutsch gelernt. Deshalb habe ich ihnen vorgeschlagen, daß wir die Diskussion in deutscher Sprache führen. Ihre Fragen zur Aufwertung und zur Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik waren sachlich fundiert, die mit der Trennung Deutschlands zusammenhängenden Probleme waren ihnen geläufig, die Wiedervereinigung Deutschlands und unsere Ostpolitik hat sie lebhaft interessiert. Auch hier hat sich mir gezeigt, wie die stille und unaufdringliche Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung menschliches, kulturelles und politisches Verständnis bei Menschen fördert, die für ihre Länder etwas bedeuten oder nächstens bedeuten werden.

In Tananarive und an anderen Orten Madagaskars hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Sozialzentren eingerichtet, in denen dem ärmsten Teil der Bevölkerung Rat und Hilfe zuteil wird. werdende Mütter, junge Mädchen und Frauen werden unterrichtet und erhalten Anleitung für die praktischen Dinge des Lebens.

Auf dem Rückflug nach Deutschland habe ich mich noch zwei Tage in Uganda aufgehalten. In Kampala, der Hauptstadt, besteht die Milton-Obote-Stiftung, die ihre Existenz gleichfalls der Friedrich-Ebert-Stiftung verdankt und unter der Leitung eines Deutschen steht. Ausbildungskurse im ganzen Land werden von hier aus organisiert und geleitet. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in Kampala eine Druckerei geschaffen, die heute schon einen erheblichen Umfang hat. Das bedeutet Starthilfe bei einer notwendigen Industrialisierung, die von den Gegebenheiten des Landes und Afrikas ausgeht.

Für eine Jugend, die nicht nur reden, sondern helfen will, gibt es viele Möglichkeiten. Wieder einmal konnte ich feststellen, daß viele junge, mit Idealismus und auch Opferfreudigkeit erfüllte junge Menschen am Werk sind.

+ + +

ANHANG

Araber Israels werden weiter als loyal angesehen

Von J. E. Palmon, Israel

Die ständigen Auseinandersetzungen mit den arabischen Staaten, die Kämpfe mit den Untergrundverbänden an den Grenzen und in den besetzten Zonen, ließen die Frage nach der Loyalität der Araber im eigentlichen israelischen Gebiet zum brennenden innerpolitischen Problem Israels werden. Die Gemeinschaft der Drusen, nach Religion von den übrigen Arabern verschieden, hat sich völlig zum Staate Israel bekannt. Die Angehörigen dieser Gruppen machen ihren Dienst in der Armee und besonders in der israelischen Grenzpolizei. Komplizierter ist die Situation bei den eigentlichen Arabern, besonders bei den Moslems, die unter dem Druck der extremistischen Elemente jenseits der Grenze stehen.

Gerade in der zweiten Hälfte des Jahres ereigneten sich in Haifa und im Norden Israels mehrfach Explosionen und Terrorakte, die nur von israelischen Arabern verübt werden konnten. Die Kaperung eines Waffenschiffes aus dem Libanon und die Explosion eines Sprengstoff-Autos in der Nähe der alten Kreuzfahrerstadt Akko brachten die israelische Polizei auf die richtige Spur, und es zeigte sich, daß tatsächlich israelische Araber in die Anschläge verwickelt waren.

Die im israelischen Gebiet bestehenden Terror-Zellen wurden ausgelöscht. Seit dem Kriege von 1967 wurden an den Grenzen und im besetzten Gebiet insgesamt 2.800 Araber festgenommen und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Zahl der wegen staatsfeindlicher Betätigung inhaftierten israelischen Araber beträgt dagegen nur 110, und diese Ziffer besagt einiges. Der Vize-Ministerpräsident Alon und der Berater des Ministerpräsidenten für Angelegenheiten der Araber, Toledano, sind der Auffassung, daß die Araber Israels weiterhin in ihrer großen Mehrheit als loyale Bürger zu betrachten sind, und daß die positiven Elemente unter ihnen gestärkt werden müssen. Für verständnisvolle Zusammenarbeit mit den Arabern Israels plädierte auch der bisherige Minister Sasson, der selbst aus Damaskus stammt und in seiner Jugend Kontakt mit der arabischen Nationalbewegung gehabt hatte.

Die Führer der Araber haben sich auch in einer Reihe von Erklärungen von nationalistischen Hitzköpfen und von der Unterstützung des Terrorismus scharf distanziert und haben zur Zusammenarbeit mit dem Staate Israel aufgerufen. Gerade das neue Parlament (in dem sieben arabische Abgeordnete sitzen) zeugt von mehr Integrierung der arabischen Bevölkerung Israels. Zum ersten Male befindet sich unter den Vize-Präsidenten des Parlaments ein arabischer Abgeordneter. Die Idee der Ernennung eines arabischen Vizeministers wird weiter ernsthaft erörtert. Die Regierung ist davon überzeugt, daß die jungen radikalen Kreise in den arabischen Dörfern in der Minderheit sind.

Die israelische Bevölkerung, die natürlich angesichts der Terroranschläge und der Verluste an Menschenleben erbittert ist, lehnt Racheakte und Ausschreitungen ab; überall findet man in Betrieben und besonders in der Bauwirtschaft weiter viele arabische Arbeiter, die in aller Nähe mit ihren jüdischen Kollegen zusammenarbeiten. Auch die Zahl der Arbeiter aus den besetzten Gebieten steigt und hat schon fast die 20.000 Grenze erreicht.

+ + +

F R A N K R E I C H 1969

Bilanz und Perspektiven der französischen Innen- und Außenpolitik

Von Georg Scheuer, Paris

1969 war für Frankreich das Jahr der großen Wachablösung im Elysée. Staatspräsident de Gaulle sollte sein Amt verfassungsgemäß bis Ende 1972 ausüben. Seit der Mairevolte 1968 hatte man aber mit einem frühzeitigen Rücktritt gerechnet. Der General verschob jedoch den geplanten Volksentscheid um einige Monate. Im J a n u a r dieses Jahres startete er, ohne seine Minister vorher davon unterrichtet zu haben, auf eine Reise durch die Bretagne seine Volksentscheidkampagne.

Zugleich kündigte Georges Pompidou anlässlich eines Besuches in Rom überraschenderweise seine Kandidatur für den "Fall" an, daß der Platz im Elysée vakant sein sollte. Die Rivalität zwischen General de Gaulle und seinem früheren Premierminister - er war nach der Mairevolte verabschiedet und durch Corve de Murville ersetzt worden - wurde damit offenbar.

Im A p r i l wurde General de Gaulle zum Rücktritt gezwungen. Ein entscheidender Teil des französischen Bürgertums, insbesondere die "unabhängigen Republikaner" unter der Führung von Giscard d'Estaing, aber auch der rechte Flügel des Zentrums mit Jacques Duhamel, entzogen dem General ihre Unterstützung im Volksentscheid. Damit waren die Würfel gefallen. Denn gerade die "Giscardisten" sind in der französischen Wahlarithmetik das "Zünglein an der Waage".

Im J u n i wurde Georges Pompidou von einem Drittel der französischen Wahlberechtigten zum Nachfolger gewählt. Er erhielt weniger Stimmen als zuvor de Gaulle. Ein zweites Drittel stimmte gegen ihn. Das dritte Drittel blieb den Urnen fern. So insbesondere die Kommunisten in der Hoffnung, Pompidou werde de Gaulles Außenpolitik unverändert fortsetzen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Im D e z e m b e r erreichte die französische Wachablösung mit der EWG-Konferenz in Den Haag einen vorläufigen Höhepunkt. In Paris

Dezember 1969

betrachtet man den 2. Dezember 1969 sogar als den Stichtag für den eigentlichen Beginn der "nachgaullistischen Aera".

Zum erstenmal seit de Gaulles Rücktritt hatte Frankreich einen entscheidenden außenpolitischen Schritt zu vollziehen. Er erfolgte in einer Richtung, gegen die sich der General jahrelang gesträubt hatte: Öffnung zu Großbritannien, verstärkte Vollmachten für den Brüsseler EWG-Ausschuß, Kurs auf Integration.

Gegen diesen neuen Kurs bildet sich zu dieser Jahreswende eine neue "Einheitsfront" der Ultragaullisten und der KPF - je 40 Abgeordnete in der Kammer. Die demokratischen Links- und Mittelparteien aber unterstützen gemeinsam mit den Konservativen die europäische "Öffnung".

So schließt sich der Kreis dieses Jahres 1969. An der Schwelle der 70er Jahre ist der General, der ein Menschenalter hindurch Frankreichs Schicksal prägte, fast vergessen. Eine Meinungsumfrage ergab, daß viele Franzosen dem Nationaldenkmal nachtrauern, die wenigsten aber - selbst in einem neuen Krisenfall - seine Rückkehr wünschen.

De Gaulle selbst hüllt sich in Schweigen. Er ist seinem Vorsatz, in das französische Geschehen mit keiner Silbe mehr einzugreifen, bis jetzt treu geblieben. Außer einem knappen Grußtelegramm nach Pompidous Wahl hat man von Colombey-les-deux-Eglises nichts mehr vernommen. Gerade de Gaulles Schweigen ist aber beredt. Man weiß, daß er an Memoiren arbeitet, die für seine Nachfolger einigen Explosivstoff enthalten dürften.

Das fällt aber voraussichtlich nur noch in das Gebiet der politischen Literatur, nicht mehr in die aktive Politik. Frankreichs Aufbruch zu neuen Ufern ist unwiderruflich. Der "Nachgaullismus" hat begonnen.